LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Spitzenverbände im Land Brandenburg

Januar 2026

Wie sozial bleibt Brandenburg unter einer möglichen Koalition von SPD und CDU?

Die Position der Brandenburger Wohlfahrtsverbände zu einem möglichen Regierungsbündnis

Federführender Verband 2024 - 2026
Der Paritätische,
Landesverband Brandenburg

LIGA
DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
Tornowstraße 48
14473 Potsdam

Telefon 0331 . 284 97 63
Telefax 0331 . 284 97 30
E-Mail info@liga-brandenburg.de
Web www.liga-brandenburg.de

AWO caritas DEUTSCHES ROTES KREUZ Diakonie PARITÄT ZWST

Präambel

Die Freien Wohlfahrtsverbände sind für Brandenburg unverzichtbar: Mit rund 600 Trägern und Einrichtungen sowie über 70.000 Beschäftigten ist die LIGA Brandenburg einer der größten Arbeitgeber und ein wichtiger wirtschaftlicher Akteur. Die Brandenburger Wohlfahrtsverbände mit ihren Mitgliedsorganisationen stellen einen Großteil der sozialen, pflegerischen, erzieherischen und betreuenden Angebote bereit. Ihre Vielfalt garantiert – im Sinne des grundgesetzlich verankerten Subsidiaritätsprinzips – sowohl fachliche Qualität als auch echte Wahlmöglichkeiten für die Menschen im Land.

Eine mögliche Regierungskoalition aus SPD und CDU verspricht grundsätzlich politische Stabilität für die kommenden Jahre im Land Brandenburg. Entscheidend wird jedoch sein, ob diese Stabilität sich auch in einem klaren Bekenntnis zur sozialen Daseinsvorsorge im Koalitionsvertrag wiederfindet. Zwar ist zu erwarten, dass gesellschaftliche und soziale Themen – von Kinder- und Jugendpolitik über Familienpolitik, Bildung, Gesundheit und Gewaltschutz bis hin zu Integration, Demokratie und Ehrenamt – im Vertrag sichtbar Platz finden. Doch bleibt offen, ob die Koalition diese Themen auch mit ausreichender finanzieller und inhaltlicher Verbindlichkeit hinterlegt. **Aber Brandenburg braucht jetzt mutige Strukturpolitik!**

Die Förderung und Stärkung der sozialen Infrastruktur sichert den sozialen Zusammenhalt und Frieden in der Gesellschaft. Das Bekenntnis zu einem sozialen und wirtschaftlichen Land Brandenburg muss die gesamte soziale Infrastruktur in den Blick nehmen. Einzelne soziale Bereiche dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, denn Soziale Arbeit greift ineinander. Dabei müssen die Grundsätze der Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung genauso handlungsleitend bleiben wie die Anerkennung der Tarifbindung und ein grundsätzlicher Fokus auf Armutsbekämpfung.

Erfahrungen aus früheren Verhandlungen zeigen, dass wichtige Zukunftsentscheidungen oft vertagt werden – etwa bei der Priorisierung im Landeshaushalt. Und reine Lippenbekenntnis zu sozialen Themen im Koalitionsvertrag sind wertlos, wenn konkrete Maßnahmen und Finanzierungen fehlen. Deshalb erwarten die Wohlfahrtsverbände den Mut zu einem zukunftsweisenden Koalitionsvertrag, der sozialpolitische Schwerpunkte mit einem Haushaltstitel verbindet.

Eine gute Soziale Infrastruktur ist Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft und einen stabilen Sozialen Frieden!

Die Themen im Überblick

Kinder- und Jugendhilfe

- Strukturellen Herausforderungen durch strategische Weiterentwicklung in Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure begegnen
- Leistungen unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips im Flächenland Brandenburg sichern
- Rechtssichere, qualitativ hochwertige und verlässliche Angebote für gleichwertige Lebensverhältnisse junger Menschen sichern

Kindertagesbetreuung

- Modernes zukunftsweisendes Kitagesetz für Brandenburg mit Wahrung der Subsidiarität und Vielfalt der Träger schaffen
- Landeseinheitliche, transparente Finanzierung unter der Wahrung der Rechtsklarheit, Verwaltungsvereinfachung und der individuellen Lagen der Einrichtungen
- Kindertagesbetreuung als Ort frühkindlicher Bildung mit Verbindlichkeit in hoher Qualität und auskömmlicher, sachgerechter Finanzierung

Frauen und Familie

- Konsequentes Umsetzen des Gewalthilfegesetzes 2025
- Beratungs- und Schutz-Infrastruktur durch Vernetzung und Entwicklung stärken und sichern frauen- und familienpolitische Arbeit sichern und tarifgerecht finanzieren.

Pflege

- Entwicklung einer Brandenburger Präventionsstrategie und einer Landespräventionskonferenz
- Förderung bedarfsgerechter Sozialraumplanung, Vernetzung der Akteure vor Ort und Quartiersentwicklung, wie im Pflegepakt verankert.
- Einsatz der Landesregierung auf Bundesebene für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung.
- Priorität für den Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Ermöglichung digitaler Anwendungen im Pflege- und Gesundheitsbereich.
- Dauerhafte Verankerung des Paktes für Pflege im Landespflegegesetz, um ihn dauerhaft strukturell und finanziell abzusichern. Aufstockung der Finanzierung auf 30 Mio € jährlich, um die notwendige strukturelle und landesweite Weiterentwicklung des Paktes möglich zu machen!
- Einsatz des Landes auf Bundesebene für eine gesetzliche Neuausrichtung der Pflege in Richtung einer stärker präventiv und auf regionale Pflege- und Kooperationsstrukturen ausgerichteten Versorgung, etwa durch den konsequenten Einsatz von Gemeindeschwestern (Community-Health-Nurses).

Teilhabe für Menschen mit Behinderung

- Teilhabechancen landesweit durch einheitliche Rahmenbedingungen im gesamten Land sicherstellen
- BK zur Beschlussfassung qualifizieren und Arbeitsfähigkeit herstellen
- Fachkräfteoffensive und Teilhabechancen individuell für alle Gruppen sichern

Migration und Integration

- Gesamtstrategie Migration in Politik und Gesetzgebung für Integration und damit wirtschaftlicher Entwicklung und Fachkräftesicherung für Brandenburg
- Gezielte Förderung von jungen Menschen für Chancengleichheit – gegen strukturelle Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte
- Verlässlichkeit in der Integrationspolitik schaffen

Potenziale der Arbeitsmarktintegration

- Strategische Steuerung zur Integration von Arbeits- und Fachkräften mit Migrationsgeschichte
- Nachhaltigkeit und gute Arbeit für Menschen mit Migrationsgeschichte - anstelle kurzfristiger Programme
- Bürokratie vereinfachen, Ermessensspielraum nutzen

Armutsbekämpfung und Wohnungslosigkeit

- Entwicklung einer Ressort übergreifenden Strategie gegen Wohnungslosigkeit unter verbindlicher Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege
- Landesstrategie zur Bekämpfung von Armut aufsetzen
- Sozialen Wohnungsbau stärken

Freiwilliges Engagement

- Bürgerschaftliches Engagement durch gerichtete Steuerung und Ausstattung stärken
- Freiwilligendienste sachgerecht ausstatten und fördern
- Beteiligung vulnerabler Gruppen ermöglichen

Unsere Themen im Einzelnen

Kinder- und Jugendhilfe

Die Kinder- und Jugendhilfe in Brandenburg steht vor erheblichen strukturellen Herausforderungen: steigende Fallzahlen und komplexere Bedarfe bei Kindern, Jugendlichen und Familien treffen auf Fachkräftemangel, regionale Ungleichheiten – insbesondere im ländlichen Raum – sowie auf rechtlich und finanziell nicht durchgängig abgesicherte Leistungsstrukturen. Gleichzeitig müssen bestehende und neue Rechtsansprüche verlässlich umgesetzt werden, während freie Träger als zentrale Leistungserbringer zunehmend unter Planungs- und Finanzierungsunsicherheiten geraten. Diese Situation gefährdet die bedarfsgerechte Versorgung junger Menschen und erfordert eine strategische Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe als verlässliche soziale Infrastruktur des Landes.

Ziel ist eine landesweit verlässliche, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinder- und Jugendhilfe, die Rechtsansprüche konsequent umsetzt, gleichwertige Lebensverhältnisse für junge Menschen sichert und freie Träger als starke Partner dauerhaft einbindet. Dafür braucht es klare gesetzliche Rahmenbedingungen, auskömmliche und transparente Finanzierungsstrukturen sowie eine enge Verzahnung von Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit und regionaler Entwicklung. Eine so ausgerichtete Kinder- und Jugendhilfe stärkt Prävention, Teilhabe und Demokratie und ist zugleich eine tragfähige Investition in die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs.

Zentrale Forderungen der LIGA Brandenburg

Ambulante Hilfen zur Erziehung rechtlich und finanziell absichern:
Landesgesetzgebung anpassen, um die §§ 78a–g SGB VIII auch auf ambulante Hilfen anzuwenden und diese schiedsstellenfähig zu machen.

Stationäre Hilfen zur Erziehung weiterentwickeln:
Mindestanforderungen für Angebote mit hochkomplexen Hilfebedarfen festlegen, Kooperationsstrukturen stärken und kindeswohlgefährdende Angebote landesrechtlich ausschließen.

Jugend(sozial)arbeit gezielt stärken:
Jugend(sozial)arbeit insbesondere im ländlichen Raum und in Regionen mit Abwanderung ausbauen und als zentralen Baustein der Demokratiebildung absichern – unabhängig von lokalen politischen Mehrheiten.

Subsidiaritätsprinzip konsequent umsetzen:
Vorrang freier Träger in der Kinder- und Jugendhilfe sichern und die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben landesweit gewährleisten.

Kindertagesbetreuung

Das aktuelle Kita-Gesetz ist eines der ältesten bundesweit. Es führt zu einem Flickenteppich an Regelungen, Ungleichbehandlung und rechtlicher Unsicherheit für Träger – und gefährdet verlässliche Betreuung. Gute frühkindliche Bildung ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben Brandenburgs, deshalb braucht es ein modernes, zukunftsfestes KitaGesetz. Die neue Landesregierung hat es in der Hand, die frühkindliche Bildung in Brandenburg zukunftsfähig zu regeln und damit wichtige Impulse für eine familien- und bildungsfreundliche Politik zu setzen. Jeder heute investierte Euro zahlt sich später mehrfach zurück. Ziel muss ein modernes Kita-Recht sein, das Qualität, Verlässlichkeit und Chancengleichheit landesweit sichert, die Träger von unnötiger Bürokratie entlastet und die Verantwortung für die Erfüllung des Rechtsanspruchs eindeutig beim Land und den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe verankert.

Der seit kurzem vorliegende Entwurf des Bildungsministeriums eines neuen Kita-Gesetzes wird diesem Anspruch bei weitem NICHT gerecht! Er erfüllt weder die Erwartungen an eine transparente Finanzierung auf allen Ebenen, schafft keine Rechtssicherheit und wird durch die geplante Änderung bei der Finanzierung des Mittagessens neue Armutsrisiken schaffen. Auch die dringend benötigte Finanzierung der langen Öffnungszeiten und damit die Verbesserung der Betreuungssituation ist nicht in Sicht!

Finanzierung vereinheitlichen und rechtssicher gestalten

Es sollte anders gehen! Brandenburg braucht eine landeseinheitliche, transparente Finanzierung „aus einer Hand“, die die Besonderheiten der Einrichtungen berücksichtigt - der paritätische Sozialindex sollte hier angewendet werden (z. B. Einrichtungen mit vielen Kindern mit besonderem Bedarf, Sprach- und Entwicklungsverzögerungen sowie mit Familien in Armutslagen).

Das derzeitige System ist ein unüberschaubares Geflecht aus verschiedenen Finanzierungsquellen, Sonderprogrammen und Projekten mit hohem bürokratischem Aufwand.

Bis 2027 muss eine prospektive, auskömmliche, gerechte und transparente Finanzierung geregelt werden. Das leistet der vorliegende Entwurf des KitaFinNG nicht – eine Umsetzung dieses Entwurfs würde weitere bürokratische Hürden und Unklarheiten schaffen. Zu Details verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 09. Januar 2026 (s. Anlage).

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung ist als staatliche Pflichtleistung auszugestalten und vollständig kostendeckend zu sichern. Trägeranteile, die das Risiko einer nicht vollständigen Erfüllung staatlicher Leistungsansprüche auf die Leistungserbringer verlagern, sind auszuschließen. Zur Reduzierung von Konflikten und Rechtsstreitigkeiten ist die verbindliche Einführung einer landesweit geltenden Betriebskostensystematik vorzusehen. Wir fordern die Möglichkeit, die Finanzierung auf eine Entgeltfinanzierung analog §§ 78 a – g SGB VIII umzustellen, in der alle Finanzierungsbeteiligten eine verlässliche und planbare Grundlage haben und die frühkindliche Bildung langfristig und zukunftsfest gesichert wird. Der § 53 im KitaFinNG ist so weiterzuentwickeln, dass die Träger antragsberechtigt sind und die Jugendhilfeausschüsse eine qualifizierte Entscheidung über die Anwendung dieses Modells treffen. Dabei ist die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden und der Kitaträger zu sichern.

Weiterhin muss die dritte Betreuungsstufe für Kinder mit mehr als acht Stunden Betreuungsbedarf finanziell gesichert werden. Die Beiträge zum Mittagessen sollen als Bestandteil der Betriebskosten auch über die Elternbeiträge finanziert werden.

Die Qualität der frühkindlichen Bildung stärken

- Angemessene Fachkraft-Kind-Relation sicherstellen, etwa durch Wiedereinführung der dritten Personalbemessungsstufe und Verbesserung in der Krippe (0-3 Jahre).
- Aktuelle demografische Effekte gezielt nutzen, um sinkende Belegungszahlen in Qualitätsgewinne und verbesserte Personalschlüssel zu überführen.
- Landeseinheitliches Personalbemessungsmodell einführen – einschließlich Berechnung von mittelbarer pädagogischer Arbeit, dazu gibt es einen Beschluss des LKJA vom 22.09.2025.
- Einrichtungsgrößenbezogene Leitungsfreistellung verbessern, um pädagogische Kapazitäten zu erhöhen.

Inklusive Kindertagesbetreuung verlässlich umsetzen

Seit 2021 gilt die Verpflichtung zur gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung. Dafür müssen die strukturellen und fachlichen Rahmenbedingungen des Landes endlich geschaffen werden. Die Umsetzung inklusiver Kindertagesbetreuung erfordert eine verlässliche, landeseinheitliche Finanzierung zusätzlicher personeller Ressourcen sowie klare Resort übergreifende, gesetzliche Regelungen zur Personalbemessung, Qualifikation und Fachberatung. Inklusion darf nicht über Programme oder projektbezogene Zusatzfinanzierungen abgesichert werden.

Frauen und Familie

Gewaltschutz stärken, Rechte Betroffener ausbauen

Die **Infrastruktur im Schutz-, Beratungs- und Unterstützungssystem für von geschlechtsbasierter Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder** muss nach Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes im Februar 2025 in Brandenburg ausgebaut und gestärkt werden, damit umfassende niedrigschwellige und effektive Hilfe jederzeit möglich ist. Dafür braucht es neben Vernetzung eine stabile und verlässliche Förderung der Beratungs- und Schutzangebote, auch für Menschen, die anderweitig Gewalt oder Kriminalität erfahren haben. Zur Prävention von und zum Schutz vor Gewalt sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Beratungssysteme und Frauenhäuser für von geschlechtsbasierter Gewalt betroffener Frauen ausbauen
- Koordination, und Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur:innen, die die Forderungen der Istanbul Konvention umsetzen fördern
- Femizidprävention durch Aufbau und Verstetigung interdisziplinärer Fallkonferenzen bei Hochrisikofällen
- Implementierung einer/-s Landesopferschutzbeauftragten

Familien- und Gleichstellungspolitik stärken

Eine wichtige Säule in der Versorgung (werdender) Familien in den Kommunen sind die gut 50 **Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen**. Sie aktivieren für ratsuchende Frauen und Männer verschiedenste Hilfestrukturen, klären sozialrechtliche Fragestellungen und begleiten in existentiellen Krisen. Sie stärken Familienstrukturen und Kinderschutz. Zur Erhaltung und Festigung dieser pflichtigen Angebote sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Eine verlässliche, mehrjährige und auskömmliche Finanzierung der Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen, inklusive sachgerechter Tarifanerkennung
- Beibehaltung des flächendeckenden Angebotes mit Einbindung in Digitalstruktur des Landes

Neben der Interessensvertretung, Koordinierung von Angeboten und Unterstützung für Familien im Land durch Familienverbände finden in den 26 **Familienzentren** im Land Brandenburg Familien wohnortnah und niedrigschwellig Unterstützung, Beratung sowie kulturelle und Freizeitangebote. Familienpolitik muss alle Lebens- und Familienformen erreichen. Zur Erhaltung und Stabilisierung der Interessensvertretung von und den Angeboten für Familien sind folgende Maßnahmen notwendig:

- überjährige und auskömmliche Förderung der landesweiten Strukturen, der Familienverbände, der Landesarbeitsgemeinschaften und Familienzentren
- Erarbeitung eines Landesaktionsplans „Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut“
- Erarbeitung und Verabschiedung eines Familienfördergesetzes
- Berufung eines Familienbeirates Land Brandenburg

Gleichstellungspolitische Maßnahmen bieten ebenso wie eine vielfältige Gesellschaft die Grundlage für eine für alle funktionierende Familien, -Frauen- und Gewaltschutzpolitik. Für die Umsetzung von Gleichstellung und den Erhalt von Vielfalt in unserer Gesellschaft sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Auskömmliche und überjährige Förderung von gleichstellungspolitischen Verbänden
- Stärkung der kommunalen Gleichstellungbeauftragten
- Weiterentwicklung und auskömmliche Finanzierung des Aktionsplans „Queeres Brandenburg“.

Pflege

Brandenburg steht vor einem tiefgreifenden Wandel: steigende Pflegebedarfe und Pflegebedürftigkeit, zunehmender Fachkräftemangel und eine älter werdende Bevölkerung gefährden die Versorgungssicherheit – besonders im ländlichen Raum.

Prävention stärken – Pflegebedürftigkeit hinauszögern

Pflege muss stärker präventiv ausgerichtet werden, um Defizite gar nicht erst entstehen zu lassen. Dazu gehören präventive Hausbesuche, eine Stärkung der geriatrischen Rehabilitation sowie bessere Rahmenbedingungen für gesundheitsfördernde Lebensweisen und gesundheitserhaltende Maßnahmen.

Unsere Forderung: Entwicklung einer Brandenburger Präventionsstrategie und einer Landespräventionskonferenz.

Pflegerische Infrastruktur modernisieren

Um trotz Fachkräftemangel Versorgung sicherzustellen, braucht es neue Formen der Zusammenarbeit und Versorgung: generationsübergreifende Kooperationen, flexible Pflege-Wohngemeinschaften, soziale Landwirtschaft, Mobilitätsunterstützung und vernetzte regionale Lösungen zwischen Kommune, Zivilgesellschaft, Pflegeeinrichtungen und vorpflegerischen Maßnahmen.

Unsere Forderung: Förderung bedarfsgerechter Sozialraumplanung, Vernetzung der Akteure vor Ort und Quartiersentwicklung, wie im Pflegepakt verankert.

Pflege solidarisch finanzieren – Eigenanteile begrenzen

Die aktuelle Pflegeversicherung überlastet Pflegebedürftige finanziell. Notwendig ist ein Systemwechsel zu einer solidarischen Finanzierung, die Eigenanteile deckelt und Kostensteigerungen nicht länger auf Betroffene abwälzt.

Unsere Forderung: Einsatz der Landesregierung auf Bundesebene für eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung.

Digitalisierung entschlossen vorantreiben

Ohne flächendeckende, leistungsfähige digitale Infrastruktur verliert Brandenburg den Anschluss – auch in der Pflege. Für Beschäftigte und Pflegebedürftige kann Digitalisierung spürbare Entlastung und höhere Versorgungsqualität bringen.

Unsere Forderung: Priorität für den Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Ermöglichung digitaler Anwendungen im Pflege- und Gesundheitsbereich.

Pakt für Pflege 2.0 – erfolgreiche Ansätze gesetzlich absichern

Der Brandenburger Pakt für Pflege steht bundesweit für ein Erfolgsmodell. Es ist zu begrüßen, dass das Land eigenes Geld in die Hand nimmt, um die Strukturen der Pflegeversorgung, Beratung und Begleitung nachhaltig mit Sozialplanung und einer modernen, zukunftsgerichteten Ausbildungsstrategie zu verknüpfen. Dieser Weg muss auch in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden, wenn wir den riesigen Herausforderungen im Pflegebereich begegnen wollen.

Außerdem braucht es weiter Initiativen auf Bundesebene. Die bisherigen Ergebnisse der Pflegekommission sind ernüchternd und werden den Herausforderungen in der Pflege nicht gerecht. Die Kommission ignoriert dabei zu großen Teilen den fachlichen Konsens, den es längst bundesweit gibt. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern es fehlt der Mut zur Umsetzung!

Unsere Forderungen:

- **Dauerhafte Verankerung des Paktes für Pflege im Landespflegegesetz, um ihn dauerhaft strukturell und finanziell abzusichern. Aufstockung der Finanzierung auf 30 Mio € jährlich, um die notwendige strukturelle und landesweite Weiterentwicklung des Paktes möglich zu machen!**
- **Einsatz des Landes auf Bundesebene für eine gesetzliche Neuausrichtung der Pflege in Richtung einer stärker präventiv und auf regionale Pflege- und Kooperationsstrukturen ausgerichteten Versorgung, etwa durch den konsequenten Einsatz von Gemeindeschwestern (Community-Health-Nurses).**

Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Wir brauchen eine Eingliederungshilfe in Brandenburg, die sich konsequent an den individuellen Lebenslagen, Ressourcen und Teilhabebedarfen von Menschen mit Behinderungen orientiert. Dies erfordert eine gut aufeinander abgestimmte Angebotsstruktur die über alle Leistungsbereiche hinweg, eine möglichst personenbezogene Unterstützung gewährleistet und Selbstbestimmung sowie soziale Teilhabe stärkt. **Ziel muss es sein, Teilhabechancen für Menschen mit Behinderungen landesweit einheitlich sicherzustellen. Dafür ist die zügige Anpassung bestehender landesgesetzlicher Rahmenbedingungen notwendig.**

Insbesondere die Umsetzung des BTHG wird durch landesgesetzliche Regelungen und den damit verbundenen Zuständigkeiten sowie die prekäre Haushaltslage behindert, so dass ein Stillstand zu beobachten ist.

Zentrale Forderungen der LIGA Brandenburg:

Fachkräftesicherung in der Eingliederungshilfe

- Gemeinsame Studie Brandenburg/Berlin zur Fachkräftegewinnung
- Schnelle und verbindliche Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen; klare Regelungen für Quereinstiege und Qualifizierungen
- Refinanzierung von Ausbildungs-, Freistellungs und Praxisanleitungskosten; Schulgeldfreiheit an freien Schulen

Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)

- Teilhabeverfahrensbericht für Brandenburg gemäß § 41 SGB IX
- Überprüfung und Anpassung der landesgesetzlichen Regelungen auf Basis bestehender Evaluationen mit dem Ziel landeseinheitlicher Verfahrensweisen bei der Umsetzung des BTHG
- Stärkung der Brandenburger Kommission durch Sicherstellung der Beschlussfähigkeit, damit effizientes Arbeiten möglich wird.
- verpflichtende Weiterentwicklung des Rahmenvertrags nach § 131 SGB IX
- Konsequente Umsetzung des 2MilieuPrinzips zur Trennung von Wohnen und Arbeit/Beschäftigung
- Neuausrichtung der Clearingstelle mit dem Ziel der Einrichtung einer Ombudsstelle für transparente Verfahren
- Stärkung inklusiver Sozialraumorientierung und Sicherstellung entsprechender Finanzierungsstrukturen

Barrierefreiheit & Gesundheitsversorgung

- Verpflichtende Bereitstellung von Informationen in Leichter Sprache durch die Verwaltung
- Sicherstellung einer interdisziplinären, barrierefreien medizinischen Versorgung; Sensibilisierung und Fortbildung im Gesundheitssektor
- Präzisere Kriterien für Ausnahmen in der Brandenburgischen Bauordnung, mehr öffentlich geförderter barrierefreier Wohnraum

Teilhabe an Arbeit

- Umsetzung eines arbeitsmarktnahen und allgemein anerkannten Zertifikats im Berufsbildungsbereich der Werkstätten.
- Beteiligung der Werkstätten an der Entwicklung eines inklusiven Arbeitsmarkts und
- Evaluation der Budgets für Arbeit mit der Zielsetzung, systemische Hürden (bürokratischer Aufwand, unklare Zuständigkeiten und Abgrenzungen) für alle Beteiligten zu identifizieren und abzubauen.
- Prüfung der Angebotsstruktur im Bereich der Teilhabe am Arbeitsleben, um etwaige Versorgungslücken zu identifizieren.

Versorgung & Unterstützungssysteme für „Systemprüfer“

- Aufbau einer interdisziplinären Gesamtstrategie und verbindlicher Kooperationsstrukturen
- Verlässliche Gesamtplanung sowie transparente Datenlage (Monitoring) auf Landes- und Trägerebene

Seelische Gesundheit & Suchtprävention

- Sicherung der personellen und fachlichen Ressourcen der psychosozialen Beratungsstellen (KBS/BBS)
- Weiterfinanzierung des Projekts „SELBSTBESTIMMT in Brandenburg“ zur Stärkung kommunaler Suchtprävention
- Aufbau und Umsetzung eines landesweiten Suizidpräventionskonzepts

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

- Landesweit einheitliches Gesamtplan-/Teilhabeplanverfahren für Kinder und Jugendliche
- Einheitliches Bedarfserfassungsinstrument für 0–6-Jährige und Sicherstellung fachlich passender Verwaltungsstrukturen entsprechend SGB IX.

Migration und Integration

Migration prägt Brandenburg seit vielen Jahren und trägt maßgeblich zur gesellschaftlichen Vielfalt, zur Entwicklung des Landes und zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei, insbesondere in ländlichen Regionen. Zugewanderte Menschen bringen vielfältige Kompetenzen, Erfahrungen und Engagement ein, die für die soziale, wirtschaftliche und demografische Zukunft Brandenburgs von großer Bedeutung sind. Zugleich sind Zuwanderung und Integration dauerhafte Gestaltungsaufgaben für Politik, Verwaltung, Kommunen und Zivilgesellschaft, die verlässliche Strukturen, eine angemessene Ressourcenausstattung und klare politische Leitlinien erfordern. Brandenburg sollte eine integrationspolitische Gesamtstrategie verfolgen, die Migration ausdrücklich als Chance für gesellschaftlichen Zusammenhalt, wirtschaftliche Entwicklung und Fachkräftesicherung begreift. Integration muss als verbindliche Querschnittsaufgabe aller Politikfelder ausgestaltet werden und auf verlässlichen gesetzlichen, finanziellen und strukturellen Grundlagen beruhen. **Ziel muss es sein, dass zugewanderte Menschen frühzeitig Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und sozialer Infrastruktur erhalten und ihre Potenziale gleichberechtigt in die Gesellschaft einbringen können. Eine vorausschauende Integrationspolitik muss die Potenziale von Migration gezielt stärken und bestehende Herausforderungen koordiniert, nachhaltig und lösungsorientiert bearbeiten.**

Integrationspolitik braucht Verlässlichkeit und ein gemeinsames Leitbild

Die LIGA ruft alle politischen Akteur*innen auf, Migration sachlich zu diskutieren und Integration als gemeinsame staatliche und zivilgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Ein *Landesintegrationsgesetz* soll strategische Orientierung geben und die Integrationsarbeit nachhaltig stärken.

Soziale Infrastruktur entlasten und ausbauen

Kitas, Schulen, Gesundheitssysteme und Unterkünfte stehen unter Druck. Für gelingende Integration braucht es:

- eine stärkere Berücksichtigung von Zuwanderung in der Sozialplanung,
- ausreichende Ressourcenausstattung,
- besseren Zugang zu Regelsystemen für Menschen mit Migrationsgeschichte und
- eine rassismuskritische, barrierearme Verwaltungspraxis.

Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit nachhaltig sichern

Beratungsstrukturen (MSA II, MBE, JMD, Asylverfahrensberatung) sind zentral für gelingende Integration und müssen in der Zukunft verlässlich gesichert werden. Ein Wegfall würde massive Angebotslücken erzeugen und die Integrationsfähigkeit des Landes schwächen. Aufgrund der gesellschaftlichen Lage ist dies besonders herausfordernd.

Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmen reduzieren

Ein Aufenthalt von maximal sechs Monaten in Erstaufnahmeeinrichtungen – insbesondere für vulnerable Personen – erleichtert ein schnelles Ankommen in den Kommunen und verbessert den Zugang zu angemessener Versorgung und Teilhabe.

Junge Zugewanderte gezielt fördern

Alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig vom Aufenthaltsstatus – haben Anspruch auf Jugendhilfe, Bildung und sichere Lebensumstände. Notwendig sind:

- ausreichende Schul- und Kitaplätze
- eine konsequente Beschulung ab dem ersten Tag, auch in Erstaufnahmeeinrichtungen,
- eine verlässliche Sprachförderung sowie tragfähige Übergänge in Ausbildung und Beruf.

Einheitliche Behördenpraxis und Nutzung von Ermessensspielräumen

Verwaltungserlasse sollen transparent veröffentlicht werden. Ermessensspielräume sind landesweit einheitlich und konsequent zugunsten der Betroffenen zu nutzen, um Integration und gesellschaftliche Teilhabe zu beschleunigen.

Potenziale der Arbeitsmarktintegration

In Brandenburg liegt ein großes, bislang nicht ausgeschöpftes Potenzial an Arbeits- und Fachkräften mit Migrationsgeschichte, das durch strukturelle Hürden am Arbeitsmarktzugang gebremst wird, brach. Zwar existieren zahlreiche Initiativen und Angebote, teils mit Vorbildcharakter, insgesamt fehlt jedoch eine übergreifende Koordination und strategische Steuerung. Projekte arbeiten nebeneinanderher, beginnen immer wieder neu und sind unzureichend miteinander vernetzt. Die unübersichtliche Angebotslandschaft überfordert inzwischen nicht nur die Zielgruppen, sondern auch die Fachkräfte - ein klarer Handlungsauftrag für eine kohärente Landesstrategie zur Umsetzung. **Das Ziel sollte ein verlässliches, abgestimmtes und wirksames Integrationssystem sein, das Menschen mit Migrationsgeschichte schnell und dauerhaft in gute Arbeit bringt – und Brandenburgs Fachkräftebedarf nachhaltig deckt.**

Was sind die Kernprobleme?

- Keine zentrale Anlaufstelle für Arbeitskräfte, Unternehmen und soziale Träger
- Unzureichender Informationsfluss zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Beratung und Politik
- Fehlender strategischer Schulterschluss aller relevanten Akteure
- Zu viele Akteure, die unverbunden nebeneinander arbeiten
- Gute Angebote sind vorhanden, erreichen aber die Zielgruppen nicht zuverlässig
- Fehlende verlässliche Finanzierung und Verstetigung bestehender Strukturen

Warum besteht Handlungsbedarf?

Unzureichende Integration verhindert Beschäftigung, verschenkt Fachkräftepotenziale und hemmt die wirtschaftliche Entwicklung. **Brandenburg benötigt schnellere, koordinierte und verbindliche Lösungen, um Arbeitsmarktintegration wirksam zu gestalten und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken.**

Zentrale Forderungen der LIGA Brandenburg

Kräfte bündeln – Rahmenbedingungen verbessern

- Arbeitsmarktintegration zur politischen Priorität machen
- Alle beteiligten Akteure systematisch vernetzen
- Fehlanreize abbauen, Vermittlungswege vereinfachen

Bürokratie abbauen – Ermessensspielräume nutzen

- Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse vereinfachen
- Einheitliche, praxisnahe Verwaltungspraxis schaffen
- Eine sichtbare Willkommenskultur in Behörden und Gesellschaft fördern

Angebote verstetigen – Strukturen langfristig sichern

- Verlässliche Finanzierung der integrationsrelevanten Angebote
- Flächendeckende, abgestimmte Unterstützungsstrukturen im gesamten Land
- Nachhaltige Integration in gute Arbeit statt kurzfristiger Maßnahmen

Unser Kernvorschlag: Eine Landes-Koordinierungsstelle „Integration vor Ort“

Ressort- und ebenen-übergreifend, mit regionalen Kontaktstellen und folgenden Aufgaben:

- Zentrale Bündelung aller Kräfte und Informationen
- Anlaufstelle für Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- Steuerung und Koordination von Beratungs- und Förderstrukturen
- Empfehlungen zur Verbesserung politischer und verwaltungsbezogener Rahmenbedingungen
- Ausbau und Vernetzung und Verstetigung bestehender Angebote (Welcome Center, BEA, Wohlfahrtsverbände, IQ-Netzwerk)

Armutsbekämpfung und Wohnungslosigkeit

Brandenburg steht vor großen sozialen Herausforderungen: steigende Wohnkosten, Inflation, wachsende verdeckte Wohnungslosigkeit und eine weiterhin hohe Armutsbelastung besonders für Familien, Alleinerziehende, Rentner*innen sowie Menschen mit komplexen sozialen Problemlagen. Die Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 ist eine sozialstaatliche Pflicht – basierend auf Grundgesetz, UN-Sozialpakt und Europäischer Sozialcharta (s.a. Art. 47 Landesverfassung Brandenburg). Armutsbekämpfung und Wohnungssicherung sind zentrale Aufgaben eines sozialen und verantwortungsvollen Landes.

Brandenburg braucht eine stabile soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, verlässliche Beratungsstrukturen und eine Politik, die Zusammenhalt statt Ausgrenzung stärkt.

Wohnen sichern – Wohnungslosigkeit verhindern

- Landesweite Strategie: Entwicklung einer Resort-übergreifenden Strategie gegen Wohnungslosigkeit unter verbindlicher Beteiligung der Freien Wohlfahrtspflege.
- Sozialen Wohnungsbau stärken: Mittel erhöhen; bedarfsgerechte, zielgruppenspezifische Förderrichtlinien; Quote für die Versorgung wohnungsloser Menschen verankern.
- Fachstellen Wohnungsnotfallhilfe: Landesweiter Aufbau und Ausbau von Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlust.
- Zwangsräumungen verhindern: Nur zulässig, wenn Ersatzwohnraum vorhanden ist; (Präventions-)Angebote nach §§ 67 ff. SGB XII stärken.
- Verlässliche Datenbasis: Aufbau einer jährlichen Statistik zu Wohnungsnotfällen und zur Armutsentwicklung.
- Menschenwürdige Notunterkünfte: Landeseinheitliche Standards für ordnungsrechtliche Unterbringung.

Armutsbekämpfung wirksam gestalten

- Landesstrategie Armutsbekämpfung aufsetzen: Armutsvermeidung und -bekämpfung muss, insbesondere mit Blick auf Kinder und Familie, ressortübergreifend und partizipativ strategisch in Brandenburg verankert werden.
- Allgemeine Sozialberatung ausbauen: Flächendeckende Erstberatungsstrukturen als niedrigschwellige Zugänge zur sozialen Infrastruktur.
- Zugänge zu Sozialleistungen erleichtern: Ausbau mobiler Beratung, bessere Unterstützung vulnerabler Gruppen (Alleinerziehende, Erwerbslose, Menschen mit Krankheit oder Migrationserfahrung).
- Rechtsanspruch sichern: Umsetzung von Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII landesweit gewährleisten.
- Überschuldung bekämpfen: Soziale Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung verlässlich finanzieren und ausbauen.

Digitale Teilhabe ermöglichen

- Umsetzung des Landes-Digitalprogramms (#dp25) als Baustein sozialer Teilhabe.
- Digitale Teilhabe für alle: Zugängliche, verständliche und bezahlbare digitale Angebote – besonders für Menschen in sozialen Schwierigkeiten.

Solidarisches Brandenburg schützen

- Gegen Ausgrenzung und Diffamierung: Respektvollen Umgang mit Bürgergeld-Empfänger*innen einfordern; Recht auf Existenzminimum schützen.
- Sozialräume stärken: Teilhabe und solidarisches Miteinander fördern – als Gegenkraft zu rechten Strukturen und Spaltungstendenzen.

Freiwilliges Engagement

Rund 800.000 Menschen in Brandenburg engagieren sich freiwillig – ein unverzichtbarer Beitrag für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie. **Bürgerschaftliches Engagement ist daher systemrelevant und die Zivilgesellschaft muss in Krisenzeiten besonders handlungsfähig bleiben.**

Deshalb benötigt Ehrenamt professionelle Strukturen. Denn ohne qualifizierte Hauptamtliche ist nachhaltiges Engagement nicht möglich. Freiwilligenkoordination und -management müssen verbindlich gefördert werden.

Daher muss die Vielfalt im Engagement gestärkt und Zugänge für bisher unterrepräsentierte Gruppen müssen verbessert werden – durch Abbau von Hürden und gezielte Informationsangebote. Betroffen sind u.a. Menschen mit geringem Bildungsstand, Menschen mit Behinderung sowie von Armut betroffene Personen.

Aus dem Grund müssen Freiwilligendienste attraktiv gemacht werden. Denn das FSJ ist ein zentraler Baustein der Engagementlandschaft. 900 junge Menschen leisten jährlich ein FSJ in Brandenburg – ihre Rahmenbedingungen müssen verbessert werden.

Die Forderungen der LIGA Brandenburg:

Strukturelle Stärkung des Engagements („Ehrenamt braucht Hauptamt“)

- Professionelles Freiwilligenmanagement dauerhaft fördern.
- Eine Geschäftsstelle für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement finanzieren, um 67 Mitgliedsorganisationen zu koordinieren.
- Verlässliche Förderpraxis: längere Finanzierungszeiträume, Verwaltungskostenpauschale von 12%.

Erarbeitung einer Brandenburger Engagementstrategie

- Partizipativer Prozess unter Einbindung aller Sektoren.
- Themenschwerpunkte: Digitalisierung, Räume für Zivilgesellschaft, Aufwandsentschädigung, Mitspracherechte, Demokratieförderung.

Diversität und Inklusion im Engagement fördern

- Gleichberechtigte Zugänge schaffen.
- Barrieren abbauen und passgenaue Unterstützungsangebote bereitstellen.

Verbesserung der Rahmenbedingungen im Freiwilligen Sozialen Jahr

- Landesförderung erhöhen oder neu einführen.
- Taschengeld anheben, Deutschlandticket kostenfrei bereitstellen.
- Trägerarbeit besser fördern.

Kontakt

Andreas Kaczynski
Vorsitzender LIGA Brandenburg
info@liga-brandenburg.de